

# Kanzlei – Info 12/2003

## Rechtsanwälte Kotz

**Siegener Straße 104 ~ 57223 Kreuztal**  
**Telefon: 02732/791079 ~ Telefax: 02732/791078**

**Homepage:** <http://www.ra-kotz.de> ~ **E-Mail:** [info@ra-kotz.de](mailto:info@ra-kotz.de)

Rundschreiben i.S.d. BGH-Urteil vom 15.03.2001 – Az.: I ZR 337/98 – vgl. hierzu: <http://www.ra-kotz.de/anwaltswerbung2.htm>

**Wichtig:** Trotz gewissenhafter Bearbeitung aller Beiträge kann eine Haftung für deren Inhalt leider nicht übernommen werden!

Verfasser: Rechtsanwalt Christian Kotz, Doktorand der Rechtswissenschaften

### In diesem Monat erläutern wir Ihnen:

- Ärger im und mit dem Fitness-Club/Sportstudio – Teil 3 (auf Seite 1 ff.)
- Neuerungen im Jahre 2004 (auf Seite 3 f.)
- Tabaksteuer wird zum 01.03.2004 um 1,2 Cent pro Zigarette erhöht! (auf Seite 4)
- RepTP: Kostenpflichtige Internetdialer nur noch über 0900 9-Rufnummer (auf Seite 5)
- Vorsicht bei Mautbrücken – Illegale Datensammlung?! (auf Seite 5 f.)
- Anti-Spam-Gesetz in den USA endgültig beschlossen (auf Seite 6)
- Interessante Urteile – kurz notiert (auf Seite 6 ff.)
- Kurioses zum Schluss – „geistreiche“ Urteilsauszüge (auf Seite 10)
- Weihnachtsgrüße (auf Seite 10)

### Juristischer Spruch o.ä. zum Einstieg:

**Versicherungen arbeiten nach dem Eheprinzip:**

**Großzügig in der Offerte; im Schadensfall möglichst kleinlich.**

*Oliver Hassencamp, 1921-1988, dt. Schriftsteller*

### Ärger im und mit dem Fitness-Club/Sportstudio – Teil 3:

#### III. Haftung bei Unfällen etc. auf Schadensersatz und Schmerzensgeld:

1. Besonders häufig versuchen die Betreiber eines Fitness-Clubs oder eines Sportstudios sich mittels Allgemeiner Geschäftsbedingungen von ihrer Haftung für Verletzungen und Schäden zu befreien. Man versucht z.B. nur im Rahmen einer „abgeschlossenen Versicherung“ zu haften, deren Inhalt selbstverständlich dem Kunden **nicht** mitgeteilt wird.

Solche Versuche sich von der Haftung zu befreien, wurden von der Rechtsprechung nicht akzeptiert (vgl. BGH, Az.: IX ZR 214/88, Urteil vom 20.04.1989). Fitness-Club-/Sportstudiobetreiber sind nach § 241 Abs. 2 BGB dazu verpflichtet, die Kunden über mögliche Risiken und mögliche gesundheitliche Schäden aufzuklären. Daher müssen sie auch für leicht fahrlässig verursachte Gesundheitsschäden durch fehlerhafte Sportgeräte oder fehlerhafte Beratung haften (vgl. hierzu OLG Stuttgart, NJW 1987, 1082; OLG Düsseldorf NJW-RR 1992, 55; OLG Hamm NJW-RR 1992, 243; OLG München NJW-RR 1995, 1467), da dies zu den wesentlichen Vertragspflichten eines Fitness-Club-/Sportstudiovertrags gehört. Die Haftung schließt auch typische Folgen dieser Schäden ein (vgl. die oben genannten Entscheidungen).

2. Die gesetzliche Anspruchsgrundlage für die Haftung des Fitness-Club-/Sportstudiobetreiber gegenüber seinen Kunden ergibt sich aus § 280 Abs. 1 BGB und umfasst auch Schmerzensgeldansprüche gem. § 253

BGB. Im Falle eines Prozesses muss im übrigen der Fitness-Club-/Sportstudiobetreiber gemäß § 280 Abs. 1 S. 2 BGB beweisen, dass er den Kunden richtig beraten oder eingewiesen hat. Gelingt ihm dies nicht, so haftet er für alle dem Kunden entstandenen Schäden (Schadensersatz und Schmerzensgeld).

**3.** Daher wurden folgende Klauseln in den allgemeinen Geschäftsbedingungen von Fitness-Clubs oder Sportstudios für unwirksam erklärt:

**a.** „.... haftet nicht für Körper- und Sachschäden, die im Zusammenhang mit dem Unterricht, dem Fitness-Training oder durch andere Teilnahme entstehen.“ (LG Hamburg, Az.: 74 O 236/83; OLG Hamburg, Az.: 5 U 64/84, Urteil vom 11.07.1984).

**b.** „Schädigt ein Teilnehmer durch sein Verhalten sich oder die Einrichtung des Trainings-Centers, oder verstößt er gegen die Anweisungen der Lehrgangsleitung oder deren Hilfskräfte, so kann er fristlos vom Lehrgang ausgeschlossen werden, ohne dass dem Trainings-Center irgendwelche Verpflichtungen daraus entstehen.“ (LG Hamburg, Az.: 74 O 236/83; OLG Hamburg, Az.: 5 U 64/84, Urteil vom 11.07.1984; BGH, Az.: IX ZR 129/84, Urteil vom 21.02.1985).

**c.** „Das Fitness-Center übernimmt keinerlei Haftung für materielle oder immaterielle Schäden, gleichgültig auf welche Art und Weise diese entstanden sind“ ; „Für den Verlust oder die Beschädigung der zum Training mitgebrachten Gegenstände wird ebenfalls nicht gehaftet“; „Das Fitness-Center schließt jede Haftung für Schäden, die Minderjährigen entstehen, aus.“; „Für Schäden, die durch minderjährige Dritten entstehen, wird keine Haftung übernommen“; „Die Eltern haften für Schäden, die ihre Kinder verursachen“ (LG Freiburg, Az.: 5 O 744/91, Urteil vom 25.06.1992).

**d.** „Durch seine Unterschrift bestätigt das Mitglied, dass es auf eigenes Risiko und Gefahr im XX trainiert.“; „Für Kleidung, Wertgegenstände u.ä. wird keine Haftung übernommen“ (LG Frankfurt am Main, Az.: 2/13 O 345/92 und Az.: 2/24 O 43/93, Urteil vom 26.04.1993).

**e.** „...übernimmt keine Haftung für Unfälle... mit Ausnahme von grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz.“ (LG München I, Az.: 21 O 13657/93; OLG München, Az.: 29 U 4222/94, Urteil vom 30.03.1995; LG Kaiserslautern Az.: 3 O 551/96).

**f.** „Sachbeschädigungen in den Trainingsräumen werden auf Kosten dessen behoben, der sie verursacht hat.“ (LG Dortmund, Az.: 8 O 318/90, Urteil vom 25.10.1990).

**g.** „Wird dem Fitneß-Center aus Gründen, die es nicht zu vertreten hat (höhere Gewalt), unmöglich, Leistungen zu erbringen, so hat der Teilnehmer keinen Anspruch auf Schadensersatz bzw. Ersatzstunden.“ (LG Dortmund, Az.: 8 O 223/90, Urteil vom 25.10.1990).

#### **IV. Sonstiges: pauschalisierte Mahngebühren, Restbetragszahlung, etc.:**

**1.** Auch bei den Mahngebühren versuchen viele Studios Geld zu verdienen. Nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge liegt der Aufwand für eine normale Mahnung bei bis zu 2,50 € Allgemeine Verwaltungskosten dürfen bei der Ermittlung einer Schadensersatzpauschale nicht berücksichtigt werden und es muss für die Wirksamkeit einer solchen pauschalierten Mahn- oder Bearbeitungsgebühr der ausdrückliche Hinweis enthalten sein, dass dem Kunden der Nachweis, dass ein Schaden überhaupt nicht oder ein niedriger entstanden sei, gestattet wird (OLG Hamm, Az.: 17 U 2/81, Urteil vom 10.10.1991). Daher sind nachfolgende Klauseln auch unwirksam:

**a.** „Für jede notwendige Beitragsmahnung wird eine **Bearbeitungsgebühr** von 5 DM erhoben.“ (LG Hamburg, Az.: 74 O 236/83); oder „Bei eventuellen Mahnungen wird pro Mahnung eine Gebühr in Höhe von 5 DM erhoben.“ (LG Dortmund, Az.: 8 O 223/90, Urteil vom 25.10.1990; OLG Hamm, Az.: 17 U 2/81, Urteil vom 10.10.1991; LG Frankfurt am Main, Az.: 2/13 O 345/92 und Az.: 2/24 O 43/93 Urteil vom 26.04.1993; LG Kaiserslautern Az.: 3 O 551/96); oder „Muss der Betrag angemahnt werden, so wird für jede Mahnung eine Mahngebühr in Höhe von 10 DM erhoben.“ (LG Freiburg, Az.: 5 O 744/91, Urteil vom 25.06.1992).

b. „... wenn ein Teilnehmer mit 2 Raten in Rückstand gerät, wird der gesamte Restbetrag bis zum nächstmöglichen Kündigungstermin sofort fällig.“ (BGH, Az.: IX ZR 129/84, Urteil vom 21.02.1985; LG München I, Az.: 21 O 13657/93).

2. Auch kann man nicht einfach aus dem Fitness-Club oder Sportstudio ausgeschlossen werden, aber gleichzeitig dazu verpflichtet werden, die Monatsbeiträge weiter zahlen zu müssen. Daher ist die folgende Klausel ebenfalls unwirksam:

„Wer grob gegen die Regeln des Anstands oder der Hausordnung verstößt, erhält ohne Nachsicht Hausverbot, wobei jedoch die Monatsbeiträge weiter entrichtet werden müssen.“ (LG Dortmund, Az.: 8 O 318/90, Urteil vom 25.10.1990).

## Neuerungen im Jahre 2004:

### I. Gesetz zur Reformen am Arbeitsmarkt:

Am 19.12.2003 wurde das „Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt“ verabschiedet (BR-Drs. 944/03).

1. Das Kündigungsschutzgesetz gilt ab 01.01.2004 nicht mehr für **neu eingestellte** Arbeitnehmer in Kleinbetrieben mit **bis zu 10 Arbeitnehmern** (bisher lag die Grenze bei 5 Arbeitnehmern). Für Betriebe, die momentan zwischen 5 bis 10 Arbeitnehmer beschäftigen, gelten weiterhin die bisherigen Regelungen des Kündigungsschutzgesetzes.

2. Bei einer Kündigung wird die Sozialauswahl auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit, das Lebensalter, die Unterhaltungspflichten des Arbeitnehmers und auf eine mögliche Schwerbehinderung beschränkt, ohne dass Leistungsträger mit einbezogen werden müssten. Eine „Kündigungsschutzklage“ muss nunmehr einheitlich innerhalb von 3 Wochen eingereicht werden. Bei betriebsbedingten Kündigungen sollen Arbeitnehmer einen gesetzlichen Abfindungsanspruch unter bestimmten Voraussetzungen haben.

3. Bei Unternehmensgründungen können in den ersten 4 Jahren befristete Arbeitsverträge ohne sachlichen Befristungsgrund bis zur Dauer von 4 Jahren abgeschlossen werden.

4. Anspruch auf Arbeitslosengeld hat man zukünftig grundsätzlich nur noch 12 Monate lang. Arbeitnehmer ab dem 55. Lebensjahr höchstens 18 Monate lang (dies gilt für über 55-jährige erst ab dem Jahr 2006).

5. Wird eine zumutbare Erwerbstätigkeit oder Eingliederungsmaßnahme von einem Arbeitslosen abgelehnt, so wird es zukünftig zu Leistungskürzungen kommen. Für die Zumutbarkeit einer Arbeit kommt es ferner nicht mehr darauf an, ob ein tarifliches oder ortsübliches Arbeitsentgelt gezahlt wird.

### II. Haushaltbegleitgesetz zur Steuerreform:

Am 19.12.2003 wurde das Haushaltbegleitgesetz beschlossen, welches das Vorziehen der sog. Steuerreform von 2005 auf 2004, mit einer Entlastung der Bundesbürger in Höhe von 15 Milliarden Euro, regelt.

Die Regelungen im einzelnen:

- **Entfernungspauschale:** wird auf einen einheitlichen Satz von 0,30 Euro pro Kilometer herabgesetzt. Flugreisen können nicht abgesetzt werden.
- **Haushaltsfreibetrag:** in der Steuerklasse II entfällt. Für Alleinerziehende mit Kindern im Haushalt wird ab 2004 ein neuer Haushaltsfreibetrag in Höhe von 1.308 Euro eingeführt.
- **Erziehungsgeld:** es erfolgt eine Absenkung der Einkommensgrenzen.

- **Weihnachtsgeld:** bei Pensionären des Bundes wird auf 50 % eines Monatsbeitrages begrenzt. Bei Beamten, Richtern und Soldaten die noch im Dienst sind, wird das Weihnachtsgeld auf 60 % gekürzt. Das Urlaubsgeld wird gestrichen.
- **Eigenheimzulage:** wird ab dem Jahr 2004 um 30 Prozent gekürzt. Ab dem 01.01.2004 gelten folgende Regelungen: Neubauten und Bestandserwerb werden einheitlich geregelt; Ausbauten und Erweiterungen werden nicht mehr gefördert. Der Fördergrundbetrag beträgt über einen Zeitraum von 8 Jahren 1.250 Euro pro Jahr. Für jedes Kind gibt es weitere 800 Euro zusätzlich. Neben den Anschaffungs- und Herstellungskosten eines Gebäudes bzw. Grundstückes werden auch Aufwendungen für Modernisierungsmaßnahmen begünstigt, die innerhalb von 2 Jahren nach der Anschaffung durchgeführt werden. Die Einkommensgrenze wird auf 70.000 Euro für Alleinstehende und 140.000 Euro für Verheiratete herabgesetzt. Für jedes Kind erhöht sich diese Grenze um weitere 30.000 Euro.

### III. Maßnahmen zur kurzfristigen Rentensicherung:

Am 19.12.2003 wurden Änderungen zum Sechsten Buch des Sozialgesetzbuches beschlossen, d.h. der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung wird auch im Jahr 2004 noch 19,5 % betragen. Um dies zu erreichen wurde die Mindestschwankungsreserve von bisher 50 % auf 20 % einer Monatsausgabe der Rentenversicherung herabgesetzt. Ferner wurde die Rentenanpassung zum 01.07.2004 ausgesetzt. Ab 01.04.2004 müssen die Rentner zudem den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung tragen.

Alle „Neurentner“ die ab dem 01.04.2004 erstmals Rente beziehen, bekommen diese am Monatsende ausbezahlt.

### IV. „Förderung der Steuerehrlichkeit“ zum 01.01.2004 in Kraft:

Wer in der Vergangenheit Steuern zu Unrecht verkürzt hat, kann nunmehr zeitlich befristet durch Abgabe einer strafbefreienden Erklärung und Entrichtung einer pauschalen „Nachbesteuerungs-Abgabe“ von Strafen oder Geldbußen befreit werden. Dies gilt jedoch nur für leichtfertige Steuerverkürzung, Steuerhinterziehung, Steuergefährdung oder Gefährdung von Abzugsteuern. Delikte, die zur organisierten Kriminalität oder Geldwäsche zählen, werden wie bisher strafrechtlich verfolgt.

Die Höhe des sog. „Nachbesteuerungssatz“ richtet sich nach dem Zeitpunkt der Abgabe der strafbefreienden Erklärung. Bei Abgabe der Erklärung im Zeitraum 01.01.2004 bis 31.12.2004 beträgt der Nachbesteuerungssatz 25 %, bei der Abgabe der Erklärung vom 01.01.2005 bis zum 31.03.2005 beträgt der Nachbesteuerungssatz 35 %. Die strafbefreiende Erklärung muss sämtliche nicht in den Steuererklärungen angegebenen Kapitaleinnahmen aus dem Zeitraum vom 01.01.1993 bis zum 31.12.2001 enthalten. Dieses Gesetz soll dem Bund, den Ländern und Gemeinden für das Jahr 2004 Steuermehreinnahmen in Höhe von 5 Milliarden Euro einbringen (andere Schätzungen liegen sogar bei 20 Milliarden Euro!!).

### Aus der Politik etc.:

#### I. Tabaksteuer wird zum 01.03.2004 um 1,2 Cent pro Zigarette erhöht!

Am 19.12.2003 wurde beschlossen, die Tabaksteuer ab dem 01.03.2004 pro Zigarette um 1,2 Cent anzuheben.

Am 01.12.2004 und am 01.09.2005 wird die Tabaksteuer jeweils um weitere 1,2 Cent pro Zigarette erhöht. Erhöht wird auch die Tabaksteuer auf Zigarren, Zigarillos, Feinschnitt und Pfeifentabak. Mit diesen

Mehreinnahmen sollen versicherungsfremde Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung wie das Mutterschaftsgeld, Leistungen rund um die Schwangerschaft und das Krankengeld bei der Betreuung eines Kindes finanziert werden.

## **II. RegTP: Kostenpflichtige Internetdialer nur noch über (0)900 9er-Rufnummern**

Dialer (kostenpflichtige) dürfen ab dem 14.12.2003 nur noch über die Rufnummern (0)900 9.... betrieben werden. Die bislang in unter den Rufnummern (0)190..... und (0)900..... bei der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post registrierten Dialer müssen nun zu dieser „Rufnummerngasse“ überführt und dort registriert sein, andernfalls werden sie „illegal“ betrieben. Betreiber die weiterhin versuchen Dialer über die Rufnummern (0)190.... und (0)900 .... zu betreiben, bekommen diese Rufnummern von der Regulierungsbehörde entzogen. Sollte sich auf Ihrem Computer in Zukunft eine Dialerverbindung über eine 0190er, 0900er oder eine andere Rufnummer aufbauen, so besteht Ihrerseits hierfür keine Zahlungsverpflichtung, da diese Dialer nicht bei der Regulierungsbehörde registriert sind und mithin illegal betrieben werden. Bis zum 12.12.2003 wurde bereits 507 Dialer in der neuen „Rufnummerngasse“ (0)900 9.... von der Regulierungsbehörde registriert. Vergleichen Sie daher Ihre Telefonrechnung in Zukunft auf das Auftauchen einer 0900 9.....-Nummer. Sie sollten daher die Rufnummerngasse der 0900 9.....-Nummern sperren lassen, falls Sie keine unliebsamen Überraschungen erleben wollen.

## **III. Vorsicht bei Mautbrücken – Illegale Datensammlung!?**

1. Das Thema LKW-Maut beschäftigt seit Wochen die Politik. Jedoch gibt es auch erhebliche Sicherheitsprobleme beim LKW-Mautsystem auf die momentan fast niemand hinweist. Es werden nämlich alle Lkw- wie auch Pkw-Fahrer bei der Durchfahrt unter den sog. „Mautbrücken“ auf den Autobahnen fotografiert. Die Mautbrücken stehen insoweit „an strategisch besonders ausgewählten Punkten“ auf den Autobahnen. Hierdurch ist der Polizei und den Sicherheitsbehörden die vollständige Überwachung des Fahrzeugverkehrs auf den Autobahnen möglich. Es könnten so Bewegungsprofile von Lkw- und Pkw-Fahrern erstellt werden. Dies ist im übrigen mit den sog. „On-Board-Units“ in den Lkw-Fahrerhäusern zur elektronischen Erfassung der Mautgebühren ohnehin möglich.

Nach Angaben des Betreiberkonsortium werden alle Fahrzeuge in den Mautbrücken gescannt und die Bilder von den Fahrzeugen gelöscht, die keine Maut zahlen müssen oder die Gebühr bereits entrichtet haben. Die kommerzielle Nutzung der Bilder soll gesetzlich verhindert werden. Bisher hat man sich jedoch offenbar hierüber im Verkehrsministerium noch keine Gedanken gemacht?! Auch ist noch nicht geklärt, wer, wann und wie Zugriff auf die gesammelten Bilder und Daten erhält. Oder ob diese Sammlung von Bildern und die möglichen Bewegungsprofile nicht auch an Wirtschaftskonzerne verkauft werden können. Bei der angespannten Haushaltslage sicherlich eine lukrative Idee.

2. Aus rechtlicher Sicht ist die Sammlung dieser Daten und die Erstellung von Bewegungsprofilen sehr bedenklich. Sie stellt zum einen einen Verstoß gegen das Bundesdatenschutzgesetz dar. Der einzelne Autofahrer hat insoweit auch einen Auskunftsanspruch gegenüber der jeweiligen Behörde bzw. dem privaten Betreiber, ob und welche Daten über ihn gesammelt werden.

Zum anderen stellt dieses Vorgehen auch einen elementaren Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht eines jeden einzelnen Autofahrers dar. Hieraus können sich Unterlassungs- und Schadensersatzansprüche eines jeden einzelnen Autofahrers aus den §§ 1004, 823 Abs. 1 BGB (bei direkter und analoger Anwendung) ergeben.

3. Ferner könnten solche Bewegungsprofile auch für Terroristen jeder „Couleur“ interessant sein. Auf welchen Autobahnen bewegen sich die Politiker und „Wirtschaftsgrößen“ regelmäßig? Welche Reiserouten werden regelmäßig gewählt? Es dürfte einfach sein, diese „Kolonnenfahrten“ aus dem Datenbestand auszufiltern. Nur hieran scheint im Bundestag bisher noch niemand gedacht zu haben?!

4. Nicht nur die wirtschaftliche Auswertung des Datenbestandes könnte für den einzelnen Autofahrer unter Umständen zu lästigen und ungewünschten Begleiterscheinungen führen. Stellen Sie sich einmal vor, Sie bekommen im Laufe des Jahres 2005 Post vom Straßenverkehrsamt. *„Sehr geehrter Herr/Frau XY, wie wir über den Zeitraum vom 01.01.2004-31.12.2004 feststellen mussten, sind Sie zur Führung von Kraftfahrzeugen ungeeignet, da wir aufgrund der Mautstellenauswertungen im oben genannten Zeitraum feststellen mussten, dass Sie sich nie an die vorgegebenen Geschwindigkeitsbeschränkungen halten. Hochachtungsvoll Ihr Straßenverkehrsamt“*. Sicherlich ist diese Mutmaßung momentan noch ein wenig überzogen. Doch währet allen Anfängen!

#### IV. Anti-Spam-Gesetz in den USA endgültig beschlossen!

In den USA wurde nunmehr am 08.12.2003 ein Anti-Spam-Gesetz (sog. „Controlling the Assault of Non-Solicited Pornography and Marketing Act“) verabschiedet. Dieses soll am 01.01.2004 in Kraft treten und dem sog. „Spamming“ (= *Zusendung unerwünschter Werbung*) mit drastischen Strafen Einhalt gebieten. E-Mails unter gefälschten Absenderadressen werden verboten und solche mit pornographischen Inhalt müssen zusätzlich als solche gekennzeichnet werden. Zudem muss jede Werbe-E-Mail eine funktionsfähige Antwortadresse beinhalten, unter der man sich vom Empfang weiterer Mails abmelden kann. Das Gesetz sieht bei Verstößen eine Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren und eine Geldstrafe bis zu 6 Millionen US-Dollar vor. Gerichtliche Schritte gegen die Spammer können nur die Regulierungsbehörde FTC, Provider und Staatsanwälte einleiten. Privatleute können hieraus keine Rechte ableiten.

#### Interessante Urteile – Kurz notiert!

##### I. Deutsche Bahn AG haftet weiterhin nicht für Verspätungen! LG Frankfurt am Main – Az: 2-1 S 131/03 – Urteil vom 15.10.2003

**Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!):** Die Deutsche Bahn AG muss weiterhin nicht für Schaden haften, die ein Bahnreisender aufgrund einer Zugverspätung erleidet. Der aus dem Jahre 1938 stammende Haftungsausschluss für Verspätungsschäden im nationalen Personenverkehr der Eisenbahnunternehmen ist nach Auffassung des LG Frankfurt trotz der Privatisierung der Deutschen Bahn AG weiterhin geltendes Recht.

**Sachverhalt:** Der Kläger wollte vom Flughafen Frankfurt/Main nach Mexiko fliegen. Der Abflugzeitpunkt in Frankfurt/Main war um 10.11 Uhr. Da er in Bonn wohnte suchte er sich eine Zugverbindung

heraus, mit der er planmäßig um 8.55 Uhr am Flughafen angekommen wäre. Infolge einer Umleitung des Zugs nach Köln und von dort linksrheinisch über Koblenz nach Frankfurt/Main und der hierdurch eingetretenen Verspätung von mehr als 2 Stunden verpasste er sein Flugzeug nach Mexiko und konnte erst am folgenden Tag mit einem Ersatzflug **von München** nach Mexiko fliegen. Der Kläger machte daher Schadensersatzansprüche in Höhe von 800,00 Euro gegenüber der Deutschen Bahn AG geltend.

**Entscheidungsgründe:** Das Landgericht Frankfurt wies die Klage ab, da Eisenbahnunternehmen gesetzlich (*Regelung aus dem Jahre 1938, die von einem staatlichen Eisenbahnunternehmen ausgeht!*) nicht zur Leistung derartiger Entschädigungen verpflichtet sind.

Ergebnis orientiert führte das LG Frankfurt aus, dass auch nach der Privatisierung der Bundesbahn die Regelung aus dem Jahre 1938 unter rechtspolitischen Gesichtspunkten sinnvoll ist. Im Interesse eines kostengünstigen Massenverkehrs auf der Schiene, der wegen der Schienengebundenheit für Störungen des Betriebsablaufes besonders anfällig ist, müssen Eisenbahnunternehmen von Streitigkeiten über die Vermeidbarkeit immer wieder auftretender Verzögerungen sowie von den Kosten der anderenfalls höchst aufwendigen Dokumentation der Störungsursachen freigehalten werden.

Nach Ansicht des Gerichts schließt der gesetzliche Haftungsausschluss einen Schadensersatzanspruch wegen eines von der Deutschen Bahn AG zu vertretenden Verzögerungsschadens aus.

*Anmerkung: Dies ist insoweit ein politisches Urteil. Hätte man die Deutsche Bahn in die Pflicht genommen, so wären sicherlich hunderte von Prozessen auf die Deutsche Bahn AG zugekommen. Jedoch urteilen nicht alle Gerichte so. Das Amtsgericht Bingen (Rheinland-Pfalz), hat die Deutsche Bahn AG wegen einer ausgefallenen Klimaanlage zu einer Schmerzensgeldzahlung in Höhe von 150,00 Euro und einer Fahrkostenrückerstattung in Höhe von 50,00 Euro verurteilt. Die Klägerin erlitt bei ihrer Fahrt per InterCity von Ulm nach Bingen im Sommer 2003 eine Austrocknung im Zug, da die Klimaanlage nicht funktionierte. Weitere diesbezügliche Klagen sollen folgen. Man darf gespannt sein, ob der Gesetzgeber nun – wie bereits mehrfach angekündigt – einen Schadensersatzanspruch gesetzlich festlegt.*

Das Urteil des LG Frankfurt/Main finden Sie auf unserer Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/verspaetung.htm>

## **II. Gewinnzusage kann nicht durch Auszahlungsbedingungen entkräftet werden!** **OLG Stuttgart – Az.: 13 U 142/03 – Urteil vom 18.12.2003**

**Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!):** Findet man wieder mal ein Schreiben in seinem Briefkasten, dass ein durchschnittlicher Verbraucher als Zusage eines Gewinnes verstehen muss, begründet dies gem. § 661a BGB einen Anspruch auf Auszahlung des Gewinnes. Für die Gewinnzusage ist der Gesamteindruck des Schreibens wichtig, der keinen Zweifel an dem Gewinn aufkommen lässt. Diese Gewinnzusage entfällt nicht dadurch, dass das Gewinnversprechen in den Auszahlungsbedingungen eingeschränkt wird.

**Sachverhalt:** Die Klägerin erhielt von einem ausländischen Versandunternehmen ein Schreiben, indem ihr mitgeteilt wurde, dass sie Gewinnerin von 10.000 Euro sei. Diesem Schreiben waren ein „Guthabens- und ein Auszahlungsbeleg“ beigelegt, die dies nochmals ausdrücklich bestätigten. Die Klägerin unterschrieb daraufhin den beigelegten „Bargeld-Auszahlungsauftrag“. Dieser enthielt zudem die Erklärung, dass die Klägerin ihr Einverständnis mit den jeweiligen Auszahlungsbedingungen erteilt und diese zur Kenntnis genommen und verstanden habe. Erst aus den Auszahlungsbedingungen ergab sich, dass noch

kein Gewinn, sondern lediglich eine Gewinnnummer gezogen wurde, die an der eigentlichen Ausspielung erst teilnehmen sollte, und dass Gewinne bis zu 1,50 Euro nicht ausbezahlt würden. Die Klägerin klagte daraufhin auf Auszahlung eines Gewinnes in Höhe von 9.000,00 Euro.

**Entscheidungsgründe:** Das Gericht gab der Klage statt. Die Klägerin hat gegen die Beklagte aus § 661a BGB einen Anspruch auf Auszahlung der 9.000,00 Euro. Ob eine Gewinnzusage oder vergleichbare Mitteilung im Sinne von § 661a BGB vorliegt, beurteilt sich nach Auffassung des Gerichts danach, wie ein durchschnittlicher Verbraucher bei objektiver Auslegung die Gewinnerklärung verstehen muss. Im vorliegenden Fall konnte die Klägerin das Schreiben nur so verstehen, dass sie bereits die 10.000,00 Euro gewonnen hatte. Da das Schreiben nicht an einen anonymen, offenen Personenkreis gerichtet war, sondern die Klägerin direkt ansprach und ihr vollständiger Name in allen Dokumenten genannt wurde.

Der von der Klägerin unterschriebene Bargeld-Auszahlungsauftrag steht der Annahme einer Gewinnzusage nicht entgegen, da hierdurch der Eindruck einer Gewinnzusage nicht nachträglich in Frage gestellt werden kann. Die Revision zum Bundesgerichtshof wurde zudem zugelassen.

<b>III. Elternunterhalt: Kinder müssen ihr „Sparvermögen“ zum Unterhalt einsetzen!</b> <b>Bundesgerichtshof – Az.: XIII ZR 224/00 – Urteil vom 17.12.2003</b>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

**Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!):** Die bisher umstrittene Frage, ob Kinder gem. § 1601 BGB immer zum Elternunterhalt verpflichtet sind, wurde nunmehr weiter durch den Bundesgerichtshof konkretisiert. Verheiratete Kinder müssen nur diejenigen Gelder zum Elternunterhalt einsetzen, die nicht für das nach den Umständen des Einzelfalls angemessene Familieneinkommen, ein Eigenheim oder die Altersvorsorge benötigt werden. Mithin müssen nur solche Gelder zum Elternunterhalt eingesetzt werden, die der „allgemeinen Vermögensbildung“ dienen.

**Sachverhalt:** Das klagende Sozialamt musste anteilig für die Heim- und Pflegekosten der Mutter der Beklagten aufkommen, da die Mutter die Kosten nicht vollständig tragen konnte. Das Sozialamt verlangte von der Beklagten daher eine Elternunterhaltszahlung in Höhe von 300,00 Euro monatlich. Die Beklagte verdient jährlich 15.000,00 Euro brutto, ihr Ehemann 60.000,00 Euro brutto. Beide wohnen mit ihrem schulpflichtigen Sohn in einem gekauften Eigenheim. Das Amtsgericht und Oberlandesgericht wiesen die Klage ab.

**Entscheidungsgründe:** Der Bundesgerichtshof verwies die Klage wieder an das OLG zurück. Für die Leistungsfähigkeit eines verheirateten Kindes, das nur über Einkünfte unterhalb des Selbstbehalts verfügt, kommt es darauf an, ob das eigene Einkommen zur Bestreitung des Familienunterhalts benötigt wird. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das „Schwiegerkind“ gegenüber den Schwiegereltern nicht unterhaltspflichtig ist und sich zu deren Gunsten nicht in seiner Lebensführung einschränken muss.

Der angemessene Familienunterhalt richtet sich nach den Verhältnissen im jeweiligen Einzelfall. Hierbei muss die Lebensstellung, das Einkommen, das Vermögen und der soziale Rang des Ehepaars berücksichtigt werden. Hierbei kommt es nicht darauf an, dass die Einkünfte in vollem Umfang der Finanzierung der Lebensführung dienen. Vielmehr muss das unterhaltspflichtige Kind darlegen, wie sich der Familienun-



terhalt gestaltet und ob und in welcher Höhe Beträge zur eigenen Vermögensbildung verwendet werden. Der allgemeinen Vermögensbildung dienende Beträge des Unterhaltspflichtigen, die nicht für die Finanzierung eines angemessenen Eigenheims oder einer angemessenen zusätzlichen Altersversorgung verwendet werden, müssen grundsätzlich für den Elternunterhalt eingesetzt werden. Je nach dem, wie der Familienunterhalt danach zu bemessen ist, muss die Beklagte im vorliegenden Fall Elternunterhalt leisten.

**IV. Zeitungsanzeigen: Angaben von Privatleuten stellen keine Zusicherung dar!**  
**OLG Schleswig – Az.: 14 U 110/02 – Urteil vom 06.06.2003**

**Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!):** Nach Auffassung des OLG Schleswig stellen Verkäuferangaben in sogenannten Privatanzeigen lediglich Anpreisungen und keine zugesicherte Eigenschaften (hier im Sinne des § 463 BGB a.F.) dar.

**Sachverhalt:** Der Beklagte hatte in einer Zeitungsanzeige eine kleine Motoryacht angeboten und in der Beschreibung angegeben „zwei neue Motoren“. Beide Motoren waren jedoch nicht „fabrikneu“ sondern, der eine war mit einem neuen Motorblock ausgestattet und der andere unter Verwendung von Ersatzteilen überholt worden. Als der Kläger die Motoryacht vom Beklagten kaufte, wurde ein Gewährleistungsausschluss vereinbart. Als der Kläger bei einer Motorreparatur die „Falschangaben“ feststellte, verlangte er von dem Beklagten den Ersatz der angefallenen Reparaturkosten.

**Entscheidungsgründe:** Das Gericht wies die Klage ab. Nach Auffassung des Gerichts stellt die Angabe in der Zeitungsanzeige „zwei neue Motoren“ noch keine (Eigenschafts-)Zusicherung dar. Eine Zusicherung liegt nur vor, wenn durch eine ausdrückliche oder stillschweigende Erklärung, die Vertragsinhalt geworden ist, der Verkäufer zu erkennen gibt, dass er für den Bestand der Eigenschaft einstehen will. Da im vorliegenden Fall der Satz „zwei neue Motoren“ nur in der Zeitungsanzeige vorkam und später nicht im Kaufvertrag erwähnt wurde, war es für den Käufer nicht ersichtlich, dass der Verkäufer für diese Zusicherung eine Gewähr übernehmen wollte.

**Anmerkung:** Wenn Sie bei einem Privatkau einen Gewährleistungsausschluss vereinbaren, sollten Sie als Käufer darauf achten, dass alle vom Verkäufer mündlich „zugesicherten“ Eigenschaften der Kaufsache in den Kaufvertrag mit aufgenommen werden. Dies dient bei späteren Streitigkeiten der Beweiserleichterung und der Sicherheit des Käufers.

**V. Dankesformel: Arbeitnehmer haben hierauf einen Anspruch im Zeugnis!**  
**Arbeitsgericht Berlin – Az.: 88 Ca 604/03 – Urteil vom 07.03.2003**

**Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!):** Arbeitnehmer haben gegenüber ihren Arbeitgebern unabhängig von der Dauer des jeweiligen Arbeitsverhältnisses einen Anspruch auf Erteilung eines qualifizierten Zeugnisses, welches sich auf Leistung und Führung erstreckt. Ein qualifiziertes Zeugnis beinhaltet auch eine „Dankes- und Zukunftsformel“ (z.B. „Wir danken ... für seine/ihre Arbeit und wünschen ihm/ihr für die Zukunft viel Erfolg und alles Gute“).

**Das Arbeitsgericht Berlin weicht damit ausdrücklich von der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts ab.** Das Fehlen einer solchen Dankes- und Zukunftsformel kann nach Auffassung des Gerichts den positiven Gesamteindruck eines Zeugnisses entwerten und das berufliche Fortkommen des Arbeitnehmers gefährden. Im Einzelfall können jedoch triftige Gründe des Arbeitgebers diesen Anspruch des Arbeitnehmers ausschließen.

**Kurioses – „geistreiche“ Urteilsauszüge:**

**LG Oldenburg (in NJW-RR 1990, 590):** „Hat ein Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft einen Titel auf Räumung der gemeinsamen Wohnung gegen den anderen Partner erwirkt, liegt im weiteren intimen Verkehr kein Verzicht auf die Vollstreckung aus diesem Titel.“

**BayObLG (in BayVBl 1957,365) - Männer müssen in Bayern aufpassen:** „Es trifft ... zu, daß sich die Frau zur Leichenbesorgung besser eignet als der Mann. Wie der Frau die Sorge für das werdende Leben und das Leben des Kindes zukommt, so entspricht es auch ihrem mütterlichen Wesenszug, wenn sie dem Toten die letzte Fürsorge gewährt.“

**Amtsgericht Köln (in WuM 1990, 338):** „Wenn aus einer benachbarten Pizzeria so starke Geruchsbelästigung hervorgeht, daß dem Richter bei der Ortsbesichtigung nach 15 Minuten schlecht wird, steht dem Mieter eine Mietminderung von 15% zu.“ (*bekommt man nun 100 % nach 1 oder erst nach 100 Minuten?*)

**Reichsgericht (in RGZ 77, 242):** „Der Gastwirt haftet nicht, wenn der männliche Gast bei Benutzung des Aborts für Frauen einen Unfall erleidet.“

**Amtsgericht Hamburg (in NJW 1989, 410 f.) - Beleidigung durch eine Postkarte:** Der Angeklagte war von einem Polizisten wegen des Verdachts eines Verkehrsverstoßes angehalten und überprüft worden. Dem Angeklagten missfiel der Umgangston des Polizisten sowie dessen Umgangsformen. Er übersandte dem Polizisten daraufhin eine Postkarte an seine Dienststelle. Diese Postkarte zeigt auf der Rückseite ein überdickes, feistes Gesäß auf einem für dessen Größe viel zu kleinen Bürostuhl. Darunter ist als Text vermerkt: „Konturen eines Amtsarsches (Prototyp)“. Ferner „Gewidmet PM R.....“.

Es kam wie es kommen musste, der Polizist stellte Strafantrag wegen Beleidigung. In der Verhandlung vor dem Amtsgericht verteidigte sich der Angeklagte wie folgt: „*Er habe den Polizisten nicht beleidigen wollen. Er habe geglaubt, an der Karte würde sich der PM R... erfreuen, wenn er nur Humor und künstlerisches Verständnis habe. Aus diesem Grunde habe er sie ihm ja auch gewidmet. Mit einer Widmung versehe man ja schließlich zum Beispiel auch Bücher, die man an jemand andern verschenke. Schließlich stelle die Karte ja ein Kunstwerk dar, er versende sehr viele Karten des Künstlers XY, er sei eben bemüht Kunst zu verbreiten. Er bot PM R... an, auf seine Kosten einen Volkshochschulkurs über Kunst zu besuchen*“. Der „Kunstfreund“ fand jedoch wenig Verständnis beim Richter und wurde wegen Beleidigung gem. § 186 StGB zu einer Geldstrafe in Höhe von 40 Tagessätzen verurteilt.

**Zum Abschluss:**

***Wir wünschen I hnen und I hrer Familie neben vielen Päckchen, Paketen und Geschenken  
vor allem ein frohes, friedvolles und harmonisches Weihnachtsfest  
und einen guten R utsch in das J ahr 2004!***

***Dazu für das neue J ahr Gesundheit, Glück, Erfolg und Z ufriedenheit.***

***Wir bedanken uns ferner bei I hnen für die gute und gedeihliche Z usammenarbeit im J ahre  
2003 und hoffen diese im J ahre 2004 mit I hnen fortsetzen zu können.***

**Die Kanzlei ist in der Zeit vom 29.12.2003 – 30.12.2003 und ab dem 02.01.2004 (wieder) geöffnet!**

**Am 31.12.2003 bleibt die Kanzlei jedoch geschlossen!**